

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 19 – 1. Okt. 2013

vorgriff auf meine angedachten erinnerungen: erlebnisse mit der spd in der 1966er krise als wir die erste große koalition aus cdu/csu und spd bekamen, nicht zuletzt durch deren herold herbert wehner + der schweizer chefredakteur markus somm seziert den so genannten weltklimarat + andreas püttmann stellt christliche klarheit gegen konservative verrenkungen

Große Koalition: Was jetzt dagegen spricht und was dafür

Der Debatte nach dem 22.9. fehlt noch immer die Tiefe, wieder wuchern nur Sensationchen

Ich gebe zu, dass ich vor Jahrzehnten von 1966 bis 1969 eigene Erfahrungen machte. Doch will ich mich darauf nicht berufen. Die Fakten von heute sind so klar und so gewichtig wie nur was.

Was spricht gegen eine Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten?

- ▶ dass im Bundestag nur die Halbzwerge Grüne und Linke als Opposition blieben;
- ▶ dass die SPD momentan keine intern unumstrittene Partei- und Fraktionsführung hat;
- ▶ dass die SPD die Linke auf den Oppositionsbänken besser als aus der Regierung bedrängen könnte;
- ▶ dass die SPD aus der Berliner Opposition wirksamer in Landtagswahlkämpfe eingreifen könnte.
- ▶ dass die SPD von 1966 bis 1969 in einer Großen Koalition 50% der Macht hatte, jetzt jedoch nur die Hälfte davon bekäme.

Was spricht für eine Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten?

- ▶ dass sie mit der linken Bundesratsmehrheit zurecht kommen könnte, was z.B. Schwarz-Grün nicht könnte;
- ▶ dass bei kluger Abstimmung der Interessen erkennbare Erfolge sowohl der SPD wie der Union zugerechnet werden könnten;
- ▶ dass Deutschland der immer schwieriger werdenden Lage in der EU besser gerecht würde, auch durch die europäischen Partebeziehungen beider Partner;
- ▶ dass der Abstand zwischen SPD und Linkspartei erhalten bliebe statt schwände,
- ▶ dass die Unterstützung der Kommunen durch Maßnahmen des Bundes besser funktionieren könnte.

26.9.13: Markus Lanz lud die Euro-Dreckschleuder Broder ein

Henryk M. Broder, SPIEGEL-Star und bisher als brillant bekannt, schrieb ein Buch "Die letzten Tage Europas", mit dem er 222 Seiten lang vor allem Falsches, Schiefes und Giftiges über "die in Brüssel" verbreitet. Das trug ihm eine Einladung in die Spätabend-Talkshow von **Markus Lanz** ein. Minutenlang polemisierte er gegen die EU, das Parlament und eine angeblich riesige Geldverschwendung. Er sagte, das Parlament habe teure 28 Vizepräsidenten, es hat aber ausgelastete 14. Er kündete, **Edmund Stoiber** koste uns in Brüssel eine halbe Million jährlich, ohne dort etwas bewegen zu können. Doch soeben bewies die unabhängige Stoiber-Gruppe, dass sie durch Entbürokratisierung 32 Mrd. Euro früher als geplant einsparte und die nächsten Hürden bald nehmen könnte. Lanz und der wieder mal präsente CDU-Abgeordnete **Wolfgang Bosbach** widersprachen hilflos. Fast ohne Kenntnis über das, was Broder ihnen erzählte. Hatten weder die Lanz-Redaktion noch ein Bosbach-Assistent von der Lügen-Marmelade Broders probiert? Wahrscheinlich. So macht man's eben mit Europa. Die AfD freut sich längst. Sie empfiehlt über ihr nahestende Blätter den Broder. Zum Beispiel via Ostpreußen-Blatt.

Große Koalition No I (1966 bis 1969)

Die erste Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, deren Kanzler Kurt Georg Kiesinger am 1.12.1966 vereidigt wurde, hatte eine Reihe Väter. Der mächtigste war Herbert Wehner (1906 bis 1990). Nur wenige Linke dachten 1966 strategisch langfristig. Wehner hatte schon im Wahljahr 1961, als Adenauers Kräfte nachließen, öffentlich über eine "große" Koalition nachgedacht, ohne dabei Genossen wie Willy Brandt oder Helmut Schmidt zu beeindrucken. Auch der linke CDU-Flügel hörte noch weg.



Herbert Wehner

Erst 1966 schlug Wehners Stunde. Die FDP-Minister hatten im Sommer Kanzler Ludwig Erhard verlassen, die Union ließ "Mr. Wirtschaftswunder" Meter für Meter fallen und öffnete sich nun doch zur SPD. Eine treibende Kraft wurde CSU-Chef Franz Josef Strauß, den Erhard 1965 bei seiner Kabinettsbildung abgewiesen hatte. Er wurde Finanzminister, als die Regierung Kiesinger stand.

Weil Fritz Erler, der beliebte Chef der SPD-Bundestagsfraktion, in der 66er Krise durch eine Krebserkrankung ausfiel, konnte dessen Vize Wehner nach der Sommerpause den SPD-Kurs rasch entscheidend bestimmen. Er stützte sich dabei auch auf öffentlich kaum als solche bekannte politische Freunde aus der Endphase der Weimarer Republik, darunter Bundespräsident Heinrich Lübke und christliche Gewerkschafter. Wie Ziethen aus dem Busch eröffnete er über Nacht Sondierungen mit dem Vorschlag, ein Mehrheitswahlrecht für den Bundestag einzuführen.

Wehner wusste, dass die SPD-Basis gegen eine Große Koalition war. Einige Bezirke setzten auf Neuwahlen, andere auf Sondierungen bei der FDP. Wehner erklärte der SPD-Führung, die SPD-Bundestagsfraktion "und sonst niemand" habe zu entscheiden - "vorher und am Schluss". Schon bald, an einem sonnigen Freitagabend, tagte die Fraktion. Wehner beschied einige Beobachter: "Es kann bis morgen durchgehen."

Schon nach kurzem Vorgeplänkel zur Tagesordnung entschloss sich Wehner zu einer "ersten" Abstimmung: "Ich will wissen und Ihr wollt wissen, was überhaupt möglich ist." Die Abstimmung ging 60:40 gegen eine "Große Koalition" aus. Fraktionsmitglieder hielten Bündel mit ablehnenden Briefen hoch, telefonierten pausenlos, was damals nur vor dem Saal in Zellen möglich war. Wehner murmelte: "Jetzt gilt Klausur".

Dann brüllte er los, man habe das frische Votum nur als momentane Meinung zu betrachten.. Den neben ihm sitzenden Karl Mommer herrschte er an: "Nimm' Deine Telegramme vom Tisch!". Mommer hatte mehr als vierzig von der Basis bekommen.

Wehner brüllte weiter: "Jetzt lassen wir Brötchen und Kaffee reinholen, und keiner geht pissen bis zur Schlussabstimmung." Lange nach Mitternacht wurde wieder abgestimmt: 60% der Fraktion waren für das Bündnis mit der Union, nur 40% sagten Nein oder enthielten sich. Wehner "tröstete" Mommer: "Hundert Prozent brauchen wird nicht."

Ich war damals Leiter den Parteibüros des CDU-Generalsekretärs Bruno Heck und begann erst mit Wehner-Life-Erlebnissen. Dieser scheinharte Mann konnte sagenhaft führen. Der in Aussicht genommene Kanzler Kiesinger war von meinen und unseren Schilderungen der SPD-Fraktionssitzung tief beeindruckt.

Fast zwei Jahre später konnten wir uns nicht mehr auf Wehners Wahlsystem-Idee berufen, er hatte sie still aus dem SPD-Programm genommen. // Karl Mommers Telegramme hatten immerhin eine nette Folge. Auf Vorschlag der Fraktion wurde Mommer am 14. 12. 66 ein neuer Vizepräsident des Deutschen Bundestages.



Der **Klimawandel-Bericht des IPCC** hat weltweit heftigen Widerspruch gefunden, erstmals sogar in Deutschland, z.B. im SPIEGEL am 21.9. Dagegen gab es nur unkritische Kommentare seitens des Umweltministers, auf die ich noch eingehen werde. Zuerst lesen Sie einen Beitrag aus der Schweiz, der die Skepsis wiedergibt, die in Westeuropa ausbrach. JW

Baseler Zeitung - 28.9.2013 zum Klimawandel-Bericht des IPCC

Von Chefredakteur Markus Somm

Das IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*), ein **politisches** Gremium unter Aufsicht, nicht aber unter Befehl der UN, hat einen neuen Bericht zum Stand des Klimawandels veröffentlicht. Es handelt es sich um den fünften Report dieser Art, und jetzt wurde ausschliesslich die Zusammenfassung für Politiker vorgestellt. Obwohl der Text nur vierzig Seiten umfasst, dürfte er am meisten Beachtung finden. Denn wer nimmt es schon auf sich, den eigentlichen *wissenschaftlichen* Teil von etwa 2000 Seiten zu studieren?

Umso härter, umso leidenschaftlicher war um die *Zusammenfassung* gerungen worden: Vier Tage lang hatten sich Klimaforscher **und Repräsentanten zahlloser Regierungen** 21 hinter geschlossenen Türen in Stockholm zusammengesetzt. Dabei wurde Abschnitt für Abschnitt des Textes auf grosse Bildschirme projiziert, damit über jede Aussage, jedes Komma, jedes Adjektiv und jedes Adverb in einem langwierigen Verfahren verhandelt werden konnte. Ist Temperaturanstieg «sehr wahrscheinlich» oder nur «wahrscheinlich»?

Wenn dieses «Summary for Policymakers» etwas auszeichnet, dann eine unerreichte Eleganz darin, wie man Wahrscheinlichkeit, Vorhersage und Zweifel in allen Nuancen ausdrückt – damit einen später, dieser Verdacht stellt sich ein, niemand zur Rechenschaft ziehen kann. Alles wirkt defensiv. Es ist ein Meisterwerk der dosierten Prophezeiung. Wäre Moses so vorgegangen: er hätte keinen Juden davon überzeugt, Ägypten zu verlassen, um sich ins gelobte Land aufzumachen. In keinem Papier der Wissenschaft oder der Politik habe ich je so oft das Wort «wahrscheinlich» oder «unwahrscheinlich» gelesen.

Womit wir beim Thema wären: Wie sicher sind sich die Klimaforscher ihrer Sache – und können wir ihnen überhaupt noch vertrauen? Angesichts der Tatsache, dass es um unvorstellbare Milliardenbeträge geht, welche die Menschheit benötigte, um ihr CO₂ auch nur auf dem aktuellen Niveau zu halten, kommt dieser Frage eine fast existenzielle Bedeutung zu.

Dass sich die Leute vom IPCC dessen bewusst sind, ist zwischen allen Zeilen zu spüren, wenn man sich dem Text zuwendet. Dass manche Forscher der Mut (und Übermut) verlassen hat, nachdem die ungeliebten Klimaskeptiker ihnen peinliche Fehler in ihrem letzten Bericht nachgewiesen haben: Man riecht geradezu den Angstschweiss der Autoren – und ab und zu beschleicht einen Mitleid. Bei allen Computermodellen und Messungen und Simulationen, auf die sie sich stützen: Die Dinge entwickeln sich nicht so, wie sie sich das vor wenigen Jahren noch vorgestellt haben.

Seit fünfzehn Jahren hat sich die Erde so gut wie nicht mehr erwärmt, was allen Prognosen der Klimaforschung zuwiderläuft. Offenbar hat die Verunsicherung derart um sich gegriffen, dass einige Leute in Stockholm ernsthaft verlangten, im Summary schlicht nicht darauf einzugehen, dass die Temperaturen sich von 1998 bis 2012 kaum mehr erhöht haben. Für Wissenschaftler ein Fiasko: Weil sich empirische Daten nicht der gängigen These fügen, verschwieg man sie. **Dank mehreren Indiskretionen wurden jedoch die Verschleierungspläne öffentlich bekannt** (Siehe Magazin SPIEGEL vom 21.9.2013, S. 118). Titel: "Ratloses Orakel". Darin wird deutlich, dass deutsche Umwelt-Bürokraten in Stockholm das Verschweigen der Wahrheit mit der Begründung verlangten, sonst verschwinde beim Wähler "das Element der Furcht".

Unangenehmer und von grundsätzlichem Belang ist für die Klimaforscher auch dies: In

den vergangenen 15 Jahren hat die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre weiter zugenommen. Dennoch hatte dies offensichtlich keinen Einfluss auf das Klima, wie man ihn erwartet hatte. Vielleicht wurde die Wirkung des CO₂ einfach überschätzt.

Dass eine Zunahme des CO₂ das Klima erwärmt, ist so gut wie unbestritten – die Frage ist bloss, wie stark? Das wiederum ist für die Politiker entscheidend. Wenn sich die Temperaturen zwar erhöhen, aber die Wirkung des CO₂ weniger intensiv ist, inwiefern macht es überhaupt Sinn, mit politischen Mitteln den Ausstoss von CO₂ zu begrenzen?

Eine Mehrheit der Wissenschaftler geht inzwischen weltweit davon aus, dass ein Anstieg von bis zu zwei Grad Celsius für die Menschen sogar mehr Vorteile bringen würde als Nachteile, besonders in der nördlichen Hemisphäre: Im Norden könnte mehr angepflanzt und die Erträge der Ernten würden gesteigert werden. Etwas mehr Regen entlastete trockene Gebiete, wärmere Temperaturen förderten überdies das Wachstum des Waldes und reduzierten die Zahl jener, die an Winterkälte sterben.

ContraSalon EXTRA

In Auszügen bringe ich ein Stück unseres Freundes Püttmann. Ich halte den Inhalt für hochwichtig im Rahmen der laufenden Debatte um den Kurs der Union. Ich selbst habe in 60 Parteijahren immer wieder der These widersprochen, die CDU sei konservativ oder solle so sein, während zwischen christlich-demokratisch und konservativ ein tiefer Graben liegt. Dies meinte auch Robert Schuman, dessen 50. Todestag wir kürzlich begingen.

Die Moralpächter

von Andreas Püttmann, Bonn

Zum Selbstbild der Konservativen gehört es, Hüter moralischer Werte, Normen und Tugenden zu sein, die von Liberalen oder Sozialisten leichtfertig aufs Spiel gesetzt oder ideologisch deformiert würden. Die Kirchen – heute die römisch-katholische und die orthodoxe – gelten der Bewahrerpartei als natürliche Verbündete im Kampf gegen den Sittenverfall.

Interessanterweise haben der christliche und der konservative Politiker jedoch ein recht unterschiedliches Image: Nach einer Allensbach-Umfrage 2012 vermutet die Bevölkerung beim Christen deutlich häufiger, dass er sich „für sozial Schwache“ und „einen umfassenden Sozialstaat“ einsetzt, „weltoffen, tolerant ist“, und „für den Umweltschutz“. Weit weniger als beim Konservativen vermutet man bei ihm, „patriotisch, stolz auf sein Land“ zu sein, Druck auf Ausländer auszuüben, „sich weitgehend an die deutsche Kultur anzupassen“ und „gegen die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren“ einzutreten.



Dr. Andreas Püttmann

Man mag diese Zuschreibungen mit medialen Stigmatisierungen des Konservatismus oder mangelhafter Kenntnis kirchlicher Morallehre erklären. Man könnte darin aber auch einen Sensus für das eigentlich Christliche erkennen. Schließlich hat auch die Mehrheit kirchenferner Menschen noch im kulturellen Fluidum des Christentums zu denken gelernt.

In der Tat ist die Logik Jesu von konservativen Denkweisen zu unterscheiden. Daher erscheint Vorsicht geboten, wo (National-)Konservative, publizistisch vertreten durch die „Junge Freiheit“, parteipolitisch durch die „Alternative für Deutschland“, die Kirche umarmen. Oder wo „Christlich-Konservative“ den Schulterschluss mit der politischen Rechten suchen, sei es wegen inhaltlicher Schnittmengen wie beim Familienbild, sei es als Notlösung nach "christlicher Entkernung" der CDU.

Die neuen Allianzen am rechten Rand und die Vermischungen des „C“ mit dem „Conservativen“ haben Geschichte: Das historische Sündenregister des deutschen Nationalprotestantismus und die katholische Gefolgschaft für Spaniens Diktator Franco oder für "Demokraten" vom Schlage der Kaczynski-Brüder in Polen sollten Mahnung genug sein. Auch die Unterstützung der russisch-orthodoxen Kirche für Putin zeugt von der ideologischen und interessenegoistischen Korrumpierbarkeit des recht(s)gläubigen Milieus.

Offensichtlich geht christlicher Konservatismus, so sittenstreng er sich auch gibt, nicht mit einer moralischen Generalkompetenz einher. Sein Fokus richtet sich auffallend einseitig auf die Sexualität, zuletzt besonders auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften, während er zu Deutschlands schändlicher Rolle als „Bordell Europas“ kaum zu vernehmen war. Die umweltethische Herausforderung wurde schon früher verschlafen. Zuvor stolperte man rechtsethisch dem Siegeszug von Religionsfreiheit und Menschenrechten und – bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts – politisch-ethisch dem der liberalen Demokratie hinterher.

Papst Franziskus hat lange dröhnend zu den einschlägigen Reizthemen geschwiegen und schon dadurch ein Signal der Relativierung gesetzt. Vor der Presse beim Brasilien-Rückflug auf Homosexuelle im Vatikan angesprochen, lautete seine Botschaft: Tiefer hängen! Dies sei „nur ein Problem von vielen“. Es war auffällig, wie konservative Kommentatoren sich befleißigten, des Papstes Antwort als pure Katechismus-Bestätigung einzuordnen. Dabei weist eine Exegese seiner Sätze auf einen Impuls zum Umdenken hin: Der Homosexuelle wird hier nicht als „ungeordnet“ zur Sünde neigend vorgestellt, sondern als unproblematisch im Vergleich zu Lobbyisten in der Kirche.

Eine bemerkenswerte Gewichtung. Dann wird er als Gottsucher und Mensch „guten Willens“ angesprochen. Es folgt, unter dieser Prämisse, eine päpstliche Erklärung der Enthaltsamkeit von jeder Verurteilung, in resoluter Form: „Wer bin dann ich, ihn zu verurteilen?“ Im Klartext: Die Erbsünde hat uns alle im Griff, da brauchen wir gar nicht bestimmte Gruppen oder Sexualsünden zu nennen. Dann verweist Franziskus auf das Diskriminierungsverbot des Katechismus und ruft dazu auf, Homosexuelle zu integrieren. Die gleichgeschlechtliche „Tendenz“ sei „nicht das Problem“. Wie Obama von „gay brothers and sisters“, so spricht er in verbaler Inklusion von „Brüdern und Schwestern“, um zum „schwerwiegenderen Problem“ zurückzukehren = Treiben der Lobbys. Beispiel: „Lobby der Geizhalse“.

Um beim Lieblingsthema des Milieus zu bleiben: Dass homosexuelle Jugendliche, die auf Schulhöfen als „schwule Sau“ beleidigt oder in bornierten Elternhäusern drangsaliert wurden, ein erhöhtes Suizidrisiko haben, nahmen „Christlich-Konservative“ als humanitäres Drama, an dem man sich mitschuldig gemacht haben könnte, überhaupt nicht wahr. Das Diskriminierungsverbot des Katechismus dient ihnen als Feigenblatt sexualmoralischer Verbotsrhetorik. Verinnerlicht haben sie es nicht.

Ein katholisches Blatt bezweifelte neulich, dass der Staat „das Liebesleben von Minderheiten zu promoten“ habe. Demagogische Augenwischerei: Deen erstens spielt die Wortwahl „Liebesleben“ (statt „Liebe“) mit der Assoziation amouröser Ausschweifung, was die Motivation zur „eingetragenen Partnerschaft“ in ihr Gegenteil verkehrt. Zweitens ist das Argument „Minderheit“ bei einem Grundrechtsthema fehl am Platze. Soweit es relevant ist, unterstreicht es im Gegenteil einen besonderen staatlichen Schutzauftrag. Drittens geht es nicht ums „Promoten“ einer mit Werbemitteln verbreitungsfähigen Lebensform, sondern um den menschengerechten Umgang mit einer gegebenen Disposition. Jedenfalls ist es nicht Aufgabe des Staates, *eins zu eins* katholische Katechismusparagrafen durchzusetzen, wie es die Piusbrüder für mehrheitlich katholische Gesellschaften gern hätten.

Angesichts der moralisierenden Selbstgerechtigkeit solcher „Glaubenseliten“ wurden die Enthüllungen des Missbrauchsskandals zum Paradefall göttlicher Pädagogik. Sie hätten es zumindest werden können: die idealisierte Institution als Raum übelster sexueller Entgleisungen! Neben adäquaten Reaktionen gab es im konservativen Heerlager nicht selten unangemessene: Beschimpfung des „Aufdeckers“ Pater Klaus Mertes als Nestbeschmutzer, larmoyante Reduktion des Skandals auf eine „Medienkampagne“ (die es allerdings auch gab), Schuldzuweisung an die Homosexuellen, sich in den Klerus eingeschlichen und die Kirche quasi zum Opfer gemacht zu haben. Dass frühere Vertuschungen zum Schutz der Institution auf Kosten der Unversehrtheit von Individuen etwas mit konservativen Wertprioritäten zu tun haben könnten, zu dieser kritischen Selbstreflexion waren die notorischen Apologeten kaum fähig.

War Moral im Kommunismus eine Frage des richtigen Klassenstandpunkts, so ist sie im kirchlich-konservativen Betonblock eine Frage des richtigen theologischen *Lagerstandpunkts*. Dem rechtgläubigen Bannerträger sieht man gravierende Charakterdefizite nach, mit dem kirchenpolitischen Gegner, Abweichler oder Renegaten geht man ins Gericht. Man

sucht bei ihm persönliche Blößen, *um sich mit seinen Argumenten nicht auseinanderzusetzen zu müssen*. So entsteht eine Rudelmoral mit zweierlei Maß.

Schließlich denkt der „christlich-konservative“ Moralismus völlig unhistorisch. Tatsächliche Modifikationen der Morallehre werden gar nicht zur Kenntnis genommen oder verdrängt. Man tut so, *als sei alles schon immer so gewesen wie heute*, weil die Kirche sich ja nicht irren kann. Wie man früher uneheliche Kinder oder „Selbstmörder“ behandelte; was Theologen über die Beseelung von männlichen und weiblichen Embryonen, über den antichristlichen „Vegetarismus“, die „gewisse Unterordnung der Frau unter den Mann“ als „verantwortliches Haupt seiner Familie“ oder „die körperlichen Schäden nervöser Art“ durch Selbstbefriedigung („Handbuch der katholischen Sittenlehre“, 1950) phantasierten; was die Kirche zu Todesstrafe, Menschenrechten, „Waffensegen“ oder zur „heiligen Kriegsmesse“ verlauten ließ – alles ausgeblendet. Und so kann, darf und muss es auch in Zukunft keine Änderungen geben, egal was historische Erfahrungen, zivilisatorischer Wandel oder humanwissenschaftliche Forschungen an Impulsen zum Um- und Weiterdenken gegeben haben.

Lernunfähige Rigoristen schaden nicht nur dem Zeugnis der Kirche, sondern auch sich selbst: Ihre eigenen Reihen – etwa bei Tagungen - lichten sich. Selbst konservative Wohlmeinende werden verprellt, wenn sie leisere Töne und einen werbenden statt anprangernden Moraldiskurs anmahnen. Ihre 80-prozentige Zustimmung reicht 150-Prozentigen nicht.

Schon partielle Abweichungen vom Lagerkonsens können zur Ausgrenzung führen. Diese forciert wiederum die innere Abkehr des Abweichlers, statt sie zu verhindern. Die Folge ist eine sektiererische Zersplitterung und „Krankschrumpfung“ des Milieus durch Ausdünnung der eigenen intellektuellen Ressourcen und eine verminderte Sprechfähigkeit gegenüber der säkularen Gesellschaft. Der bornierte Rest ist gerade noch gut genug, um in einer Krawall-Talkshow als abschreckendes Beispiel vorgeführt zu werden.

Wenn die Kirche den Schatz ihrer anthropologischen Weisheit bewahren und als moralische Autorität noch gehört werden will, muss sie die christliche Ethik den Menschen mehr als eine Kunst des gelingenden Lebens erschließen statt als pures Ordnungssystem von Geboten und Verboten, dem man sich unterzuordnen hat, um Gott zu gefallen und ein respektables Kirchenmitglied zu sein. Ethik und Empathie müssen dabei zusammengehen. Im Streit um die Wiederverheiratung Geschiedener kann so auch der Blick auf die Lage des verlassenen Ehepartners geweitet werden.

Die Reaktion auf die missglückte EKD-„Orientierungshilfe“ zur Familie, die von großen Teilen der interessierten Öffentlichkeit als Verrat am Treue-Ideal empfunden wurde, zeigt, dass die Menschen von einer Kirche keineswegs die Absegnung eines „anything goes“ erwarten. Gottes Bodenpersonal soll weiterhin dazu ermutigen, nach den Sternen der Vollkommenheit (Mt 5,48) zu greifen und sich in den Widrigkeiten unseres erbsündigen Alltags nach der Decke zu strecken. Bei „krückstockschwingenden Sittlichkeitsaposteln“ (Jan Roß) wird man Wegweisungen zu einem „Leben in Fülle“ jedoch nicht vermuten.

UMWELTENRGIEKLIMAKERNKRAFTENERHIEWENDEUMWELTF

The world's nuclear power generating capacity is projected to continue to grow by 2030, a recent IAEA study shows. The Agency's annual publication, entitled [Energy, Electricity and Nuclear Power Estimates for the Period up to 2050](#) was released with analysis from the IAEA's energy planning experts. Every year, the IAEA makes low and high projections of global nuclear power generating capacity: this year's low projection indicates 17 per cent growth in world total nuclear power capacity by 2030, while the high projection suggests a 94 per cent growth, i.e. nearly a doubling in global generation capacity. In other words, growth in nuclear power following the Fukushima Daiichi nuclear accident is expected to continue. The annual projections made since 2011 have indicated that growth has slowed, but not reversed. The 2013 updates reinforce this conclusion. Over the short term, the low price of natural gas and the promotion of renewable energy sources are expected to impact nuclear growth prospects.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 / 53343 WACHTBERG. Tel. 0228 – 324381

e -mail: post@jwahl.de // Ihre **Spende deckt steigende (!!!) Kosten -**
[bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805](#)